

Zuflucht und Hilfe in Niedersachsen

Die Flüchtlingspolitik hat sich in den Regierungsjahren von CDU und FDP massiv verschlechtert.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die sowieso schon durch Bundesrecht stark beschnittenen Rechte von Flüchtlingen noch weiter ausgehöhlt:

- Flüchtlinge werden in zentralen Unterkünften einquartiert
- die Bewegungsfreiheit wird durch die Residenzpflicht eingeschränkt
- die Kommunen erhalten weniger Erstattungsleistungen für die Aufnahme von Flüchtlingen
- der Ausreisedruck wird zunehmend erhöht

Flüchtlinge fallen immer noch aus vielen Integrationsmaßnahmen heraus. Das ist auch von der Landesregierung ausdrücklich so gewollt. Personen ohne sicheren Aufenthaltsstatus, die aufgrund von Abschiebungshindernissen oftmals über Jahre und Jahrzehnte hier bleiben (müssen), will Schwarz-Gelb an den Rand der Gesellschaft schieben, um es ihnen hier nicht zu bequem zu machen.



Flüchtlingssozialarbeit

Die Flüchtlingssozialarbeit wollen wir mit verlässlichen Vorgaben langfristig finanziell sichern:

- Die vielfältigen privaten, kirchlichen und sozialen Initiativen, die Flüchtlingen Schutz und Hilfe bieten, verdienen Unterstützung.
- Dort, wo es bisher nicht geschehen ist, müssen die Ausländerbehörden ihre Arbeit stärker auf die Unterstützung von Flüchtlingen ausrichten und sich stärker mit der Flüchtlingssozialarbeit vernetzen.



Bleiberecht

In den letzten Jahren wurden verschiedene bundesweite Bleiberechtsregelungen erlassen, die allen langjährig geduldeten MigrantInnen ein sicheres Aufenthaltsrecht verschaffen sollten. Jahrelang wurden Flüchtlinge mit zeitlich befristeten Duldungen, die immer wieder neu bei den Ausländerbehörden beantragt werden müssen, zermürbt.

Diese Kettenduldungen sollten durch das Bleiberecht abgeschafft werden. Das ist bisher aber nicht gelungen. Vor allem in Niedersachsen sind die Hürden zu hoch.

Viele Flüchtlinge können nicht nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt - wie in der Bleiberechtsregelung gefordert - selbst bestreiten können. Da sie jahrelang faktisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, ist ihr Einkommen oft noch nicht ausreichend oder sie sind alt, krank oder erwerbsunfähig. Humanitäre Komponenten enthält die Bleiberechtsregelung bis auf wenige Ausnahmen aber nicht.

Immer noch droht Tausenden von Flüchtlingen, insbesondere Roma, die Abschiebung.

Forderung:

Nach fünfjährigem rechtmäßigem oder geduldetem Aufenthalt soll damit der Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis, die dann auch zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt, möglich sein.

Härtefallkommission

In Niedersachsen existiert seit dem 26.09.2006 eine Härtefallkommission. Das unabhängige Gremium entscheidet auf Antrag, ob vollziehbar ausreisepflichtigen AusländerInnen abweichend von den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden soll, weil dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kritisieren, dass die Niedersächsische Härtefallkommissionsverordnung (NHärteKVO) zu strenge Zugangsregeln für Eingaben an die Kommission aufstellt.

Die Landesregierung hat durch die Verordnung für Alte, Kranke, alleinerziehende Eltern und Menschen mit Behinderungen die Anerkennung als Härtefall massiv erschwert.

Kontakt

Bündnis 90/Die Grünen
Landtagsfraktion Niedersachsen
Filiz Polat
Migrationspolitische Sprecherin



Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon: 0511/3030-3303
Telefax: 0511/303099-3303
filiz.polat@lt.niedersachsen.de
www.filiz-polat.de

Fotonachweis: S.1: Gina Sanders fotolia.com,
S.2.: flip fine fotolia.com, S. 3: Filiz Polat

Grüne Forderungen:

- Abschiebungshaft abschaffen
- Abschiebungsstopp für Syrien und Kosovo
- Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht und Kettenduldungen abschaffen
- dezentrale statt zentraler Unterbringung
- Zugang zu Integrationsmaßnahmen für Geduldete
- kostenloser und unbeschränkter Zugang zu allen staatlichen Hilfs- und Beratungsangeboten für Flüchtlinge
- uneingeschränkter Zugang für Flüchtlingskinder zu Kindergärten und Schulen
- Menschenrechte auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung auch für Papierlose gewährleisten
- Flüchtlingssozialarbeit langfristig finanziell sichern
- Erfüllung der Informations- und Beratungspflicht durch die Ausländerbehörden
- rollierende, nach humanitären Gesichtspunkten ausgerichtete Bleiberechtsregelung schaffen; kein Bleiberecht nach Schulnoten
- Ausgestaltung der Härtefallkommissionsverordnung nach humanitären Gesichtspunkten

„Grüne Flüchtlingspolitik setzt nicht auf Abschreckung, sondern sendet ein Signal des Willkommens an Verfolgte. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Niedersachsen echte Zuflucht gewährt, Hilfe anbietet, dabei mit starken Partnern in Deutschland und Europa kooperiert und eine adäquate Lebenssituation für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen schafft.“

Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin

FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN – MENSCHENRECHTE WAHREN

FÜR EINE HUMANITÄRE FLÜCHTLINGSPOLITIK



IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

